

Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich nachmittags für den folgenden Tag

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 9).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz.»

Der volkswirthschaftliche Congress zu Gotha und der angekündigte Gegencongress zu Frankfurt a. M.

II.

Leipzig, 6. Oct. Das Unternehmen, welches wir in der Ueberschrift als einen „Gegencongress“ gegenüber dem „Congress deutscher Volkswirthe“ bezeichnet haben, kündigt sich in ziemlich pomploser Weise an. Die uns vorliegende Einladung enthält auf einem Bogen des größten Royalsformats zuvörderst eine kunstreich geschnittene Grotte, gebildet durch das in größten Uncialbuchstaben prangende Wort: EINS mit darüber geschlungenem Bandeau, worauf der Spruch: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Da zwischen zwei Arabesken angebracht, welche Kunst- und Gewerbfleiß versinnbildlichen zu sollen scheinen, oben links ein Maler, der aber die Palette ruhen läßt, um einer schönen Guitarspielerin hinter seinem Rücken zu lauschen — er malt an dem Bilde eines Geharnischten mit Schild und Lanze —, rechts ein Mann auf ein noch leeres Blatt schreibend, welches ein Affe ihm zu entreißen sucht — eine uns unverständliche Allegorie —, unten ein Küfer, der ein Fäßchen vor sich hinrollt, und ein ruhender Schäfer mit Hut und Stab.

Wir erwähnen diese Neuheiten, weil sie uns für den Charakter des Unternehmens bezeichnend erscheinen. Was den Text des „Sendschreibens an die deutschen Kunst-, Handels- und Gewerbe- sowie andere ähnliche Vereine“ betrifft (so betitelt sich selbst die Einladung), so steht auch hier wieder voran als Motto: „Eins soll es sein! Eins in Kunst und Wissenschaft! Eins in Handel und Gewerbe! Das ganze große Deutschland!“ Auch an fernern hochklingenden Worten fehlt es nicht. „Wir wollen“, heißt es, „dem allgemein gefühlten Bedürfnisse nach Einheit in Kunst und Wissenschaft, Industrie und Handel Ausdruck und Leben geben. Wir wollen, daß in dem allgemeinen Kampfe auf dem geistigen und industriellen Gebiete dem deutschen Volke, das stets die Fahne des Fortschritts hochgehalten, endlich der Platz, die Stellung angewiesen werde, die es nach seiner geistigen Befähigung und Intelligenz längst verdient hat.“ „Wer aber“ wird weiterhin fortgefahren, „wäre Berufener, die Früchte deutschen Fleißes bei uns zu reifen, die Sproßlinge des Geistes und der Intelligenz in Schutz zu nehmen? Wem könnte mit mehr Aussicht auf Erfolg ein Unternehmen anvertraut werden, welches das deutsche Vaterland von äußern und innern Einflüssen, wie sie leider namentlich in der letzten Zeit wieder aufgetaucht sind, frei machen soll und wird? Wer ist mehr dazu angethan, die mächtige Centralbehörde für die Wahrnehmung der Wohlfahrt unsers Volks zu werden, als — der Deutsche Bund?“ Und somit läuft der Plan, der, beiläufig gesagt, unter dem Namen des frankfurter Gewerbevereins in die Welt geschickt wird, darauf hinaus, „einen Verein zu gründen für deutsche Kunst, Handels- und Gewerbeinheit, unter der Leitung des Bundes, einen Verein, der keine andere Partei und keine andere Farbe kennt als die deutsche“. Zu dem Ende will man „demnächst am Siege der deutschen Bundesversammlung eine Zusammenkunft abhalten, um Männer von erprobter deutscher Gesinnung zu wählen, denen man die Führung der Angelegenheit anvertrauen könne und die das Ergebnis ihrer Beratungen der einzigen möglichen Centralbehörde, der hohen deutschen Bundesversammlung, vorlegen sollen.“ Als das zu erreichende Ziel endlich ist angegeben: „Ein Handelsreich mit einer Zollgrenze, ein deutsches Münz-, Maß-, Gewicht-, Handels-, Wechsel- und Patentgesetz, Eine Gewerbeordnung“ u. c. — und zwar dies alles ausgehend vom Bundestage, als der „wirklichen nationalen Mitte“.

Dies die Quintessenz des frankfurter Programms! Worauf dasselbe hinauszielt, scheint uns un schwer zu errathen. Es ist eine Agitation für die deutsch-österreichische Zollvereinigung, für die Auflösung des Zollvereins im Bunde, für die Verwirklichung der alten großdeutschen Idee von dem „europäischen Mittelreiche von 70 Millionen“. Man kennt ja die Schlagwörter dieser Partei und weiß, daß dieselbe sich jetzt zu neuen Anläufen rüftet, um in dem entscheidenden Jahre 1860 womöglich ihre Pläne durchzuführen. Da wider, daß dieselbe das Mittel der freien Vereinigung und der Agitation wählt, ist nichts zu sagen: daß sie einen Congress abhalten will, worauf die Frage — doch hoffentlich in öffentlichen Sitzungen? — verhandelt werden soll, finden wir sogar sehr gut und loblich. Die öffentliche Discussion ist die beste Feuertprobe für alle dergleichen Gedanken und Pläne, die auf einen gemeinnützigen und nationalen Charakter Anspruch machen. Gewiß wird es bei dem Congress am 25. Oct. — wenn er zu Stande kommt — an solchen nicht fehlen, welche auf die Bedenken des Unternehmens einer völligen Zollvereinigung Deutschlands mit dem deutsch-slawisch-magyarisch-kroatischen Ländercomplex, der die österreichische Monarchie bildet, aufmerksam machen, so wenig es in Gotha an solchen fehlte; die im entgegengesetzten Sinne vor einer so schroffen Abscheidung des zollvereinsländischen von dem österreichischen Handelsystem warnten.

Wir haben in der Ueberschrift dieses Artikels den projectirten frank-

furter Congress als ein dem gothaischen gedrücktes Paroli bezeichnet. Daß eine derartige Tendenz dem frankfurter Unternehmen zu Grunde liege, muthmaßen wir darum, weil in dem ganzen so bereiten und so ausführlichen Aufruf dieses letztern mit keiner Silbe gedacht ist. Dieses Stillschweigen in einem Schriftstück, dessen Abfassung (dem Datum nach, 15. Sept.) unmittelbar vor und dessen Versendung unmittelbar nach dem gothaischen Congress stattfand, ist keinesfalls natürlich, verräth vielmehr eine Absichtlichkeit, die ihren Grund nur darin haben kann, daß man sich zu jenem Vorgange in einem Gegensatz wußte, den man doch nicht offen bekennen wollte. Daß der gothaische Congress von Haus aus keinen specifisch preussischen oder norddeutschen, keinen antiösterreichischen Charakter haben wollte oder hatte, ward neulich angezeigt: diese Agitation von Frankfurt aus in österreichischem Sinne kann aber sehr leicht dahin führen, jenen Congress in eine solche bestimmte Richtung zu werfen und ihm einen Parteicharakter aufzudrängen, der ihm bisher fremd war. Die Volkswirthe zu Gotha haben mit gewiß anerkannter Mäßigung und Besonnenheit alles vermieden, was jenen delikaten Punkt, das politische und volkswirthschaftliche Verhältniß des zollvereinten Deutschlands an Oesterreich, hart berühren konnte; auf der entgegengesetzten Seite scheint man so delicat nicht zu sein. Sie haben den Handschuh nicht hingeworfen, aber sie werden, wenn man sie gewaltsam herausfordert, den hingeworfenen aufzunehmen sich nicht scheuen!

Deutschland.

Der Leipziger Zeitung wird aus Berlin vom 4. Oct. geschrieben: „Es war früher beabsichtigt, daß die holstein-lauenburgische Angelegenheit bereits in der vorletzten Plenarsitzung des Bundestags zur Verhandlung kommen sollte; daß dies damals nicht geschah und auch in der letzten Sitzung sie sich nicht unter den Berathungsgegenständen befand, liegt dem Vernehmen nach daran, daß der dänische Gesandte beim Bunde dem Execlutionsausschuß in Bezug auf die von seinem Souverän beabsichtigte Regelung der Verfassungsverhältnisse der deutschen Herzogthümer Eröffnungen gemacht hat, über welche noch zwischen den Bundesregierungen auf diplomatischem Wege Besprechungen stattfinden, um vorweg ein übereinstimmendes Verhalten Dänemark gegenüber herbeizuführen. Wie es scheint, sind übrigens die gedachten Eröffnungen nicht gänzlich unbefriedigend ausgefallen.“

Preußen. Berlin, 5. Oct. Die „Zeit“ berichtet: „Der Prinz von Preußen ist gestern abends um 10 Uhr mit dem kölnner Schnellzuge, von Frankfurt a. M. kommend, hierher zurückgekehrt. Zum Empfang waren auf dem Bahnhofe anwesend: der Prinz Friedrich Wilhelm, der Ministerpräsident v. Manteuffel, der Generalfeldmarschall Gouverneur v. Wrangel, der Kriegsminister Graf v. Waldersee, der Stadtkommandant Generalmajor v. Alvensleben, der Polizeipräsident Frhr. v. Jellich. Der Prinz von Preußen fuhr an der Seite seines Sohnes vom Bahnhofe nach seinem Palais. Der Prinz von Preußen nahm im Laufe des heutigen Vormittags die Vorträge des Generalmajors Frhrn. v. Manteuffel und des Ministers des königlichen Hauses v. Maffow entgegen. Später arbeitete derselbe mit dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel.“

Berlin, 5. Oct. Wir hören andeuten, daß die betreffende Verfügung und Aufforderung des Königs, welche den Prinzen von Preußen zur Uebernahme der Regentenschaft ermächtigt, bis gestern noch nicht unterzeichnet war. In der Sache selbst sollen keine Schwierigkeiten mehr zu überwinden sein, vielmehr dürfte es sich nur noch um eine Verständigung in Nebenpunkten handeln, wozu namentlich die Auseinandersetzungen hinsichtlich des Kronfideicommissfonds gehören möchten. Einer Bestätigung in letzterer Beziehung wird vielleicht schon in den ersten Tagen entgegenzusehen sein. Die Unterzeichnung des Königs, in deren Folge die Regierungsfrage bis zur Wiederherstellung desselben fest und bestimmt geordnet werden wird, erwartet man am 7. oder 8. Oct. Wenigstens ist dies eine in den hervorragendsten Kreisen verbreitete Annahme. Zur Berufung des Allgemeinen Landtags zu außerordentlicher Sitzung vor Ablauf der bisherigen Stellvertreterschaft des Prinzen bleibt dann hinlänglich Zeit. Es wird vielfach angedeutet, daß dem alten Landtage außer der Regentenschaftsangelegenheit auch finanzielle Vorlagen, die mit der Regentenschaft unmittelbar in Verbindung stehen, gemacht werden würden. Wir glauben dies entschieden bestreiten zu können, da wol vorauszusetzen ist, daß solche Vorlagen, wenn sie zu machen überhaupt die Absicht vorwalten sollte, erst dem neuen Landtage vorgelegt werden. Diese ganze Angelegenheit gehört einstweilen noch in das Gebiet der Voraussetzungen, indem thatsächliche Anhaltspunkte dafür noch fehlen. Wir glauben, daß der Wunsch ein durchaus gerechtfertigter ist, der sich dahin ausspricht, daß die Mitwirkung der bisherigen Landesvertretung, wozu sie im Laufe dieses Monats aufgefordert werden dürfte, auf das engste Maß, mit einem Wort, auf die Mitwirkung sich ganz allein beschränke, welche die Verfassungsurkunde bei der Anwendung des vielberregten Art. 56